

## EINLADUNG

### 9. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Grünflächen, Natur- und Klimaschutz

---

**Sitzungstermin:** Dienstag, 18.10.2022, 17:30 Uhr

**Raum, Ort:** Lily-Braun-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

---

#### Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme der Niederschrift der 6. Öffentlichen Ausschusssitzung (Juni 2022)
- 3 Stabstelle Bildung für Nachhaltige Entwicklung (SBNE), Jahresbilanz und Vorstellung des Sri Lanka-Projekts
- 4 Vorstellung der Koordinierungsstelle für Natur- und Umweltbildung in Charlottenburg-Wilmersdorf
- 5 Abfallfragen und Ordnungsrecht – wer kontrolliert was umweltförderlich und was verboten ist? Baumscheibenbepflanzung und sonstige Aneignung öffentlicher Gehwege
- 6 Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung
- 7 Einrichtung einer kommunalen Klimaschutzkonferenz **2023/5**  
Bezirksverordnetenvorsteher
- 8 Blühstreifen und Blühflächen – das Wildbienenprojekt erweitern **0160/6**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 9 Die bezirklichen Gärtnereien für private Nutzer öffnen **0078/6**  
FDP-Fraktion
- 10 Treibhausgasbilanz einfordern **0085/6**  
CDU-Fraktion
- 11 Transparenz bei der Stadtbaumpflege schaffen **0083/6**  
CDU-Fraktion

- |    |                                                                    |               |
|----|--------------------------------------------------------------------|---------------|
| 12 | Barrierefreiheit auch in Parks – der Zaun muss weg<br>SPD-Fraktion | <b>0139/6</b> |
| 13 | Kontrolle statt Sperrung von Grünflächen<br>FDP-Fraktion           | <b>0140/6</b> |
| 14 | Verschiedenes                                                      |               |

Im Falle der Verhinderung sollten Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Sibylle Centgraf  
Ausschussvorsitzende

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Dringlichkeitsantrag  
Bezirksverordnetenvorsteherin

<b>TOP-Nr.:</b>
-----------------

**Dringlichkeitsantrag****DS-Nr: 2023/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV

**Einrichtung einer kommunalen Klimaschutzkonferenz**

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wird ersucht, sich beim Bezirksamt dafür einzusetzen, dass eine kommunale Klimaschutzkonferenz eingerichtet wird, welche ein- bis zweimal im Jahr tagt und die Bürgerbeteiligung und die Selbstwirksamkeit der Einwohner würdigt. Hierbei sollen Kinder und Jugendliche neue Beteiligungsräume entdecken, welche das Bewusstsein für die Bekämpfung des Klimawandels stärken sollen.

Begründung:

Die Verlangsamung/Bremmung des Klimawandels stellt eine der größten Herausforderung dieses Jahrhunderts dar. Wichtig ist es hierbei, Kinder und Jugendliche für dieses bedeutsame Unterfangen frühestmöglich zu sensibilisieren. Neben der Mülltrennung, der Senkung von Treibhausgasen (Methan) und der Minimierung von CO<sup>2</sup>, sollen die Kinder und Jugendliche weitere Möglichkeiten für sich entdecken, sich für die Bekämpfung der Klimafolgen einzusetzen.

**(Beschluss des Kinder- und Jugendparlaments)**

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Kempf/Weise/Drews/Centgraf

<b>TOP-Nr.:</b>
-----------------

**Antrag****DS-Nr: 0160/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Blühstreifen und Blühflächen – das Wildbienenprojekt erweitern**

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, über das bereits angeschobene, jetzt bis 2023 verlängerte Berliner Wildbienenprojekt hinaus Flächen- bzw. Standortvorschläge für die Einrichtung von weiteren Blühstreifen und Blühflächen auszuweisen und umzusetzen.

Bei der Anlage von Blühstreifen und -flächen ist auf eine Artenzusammenstellung zu achten, die den örtlichen Standortverhältnissen angepasst ist und insbesondere für Wildbienen und Schmetterlinge, aber auch anderen Insekten Nahrung bietet. Bei der Aussaat ist auf die Verwendung von Saatgut in Bio-Qualität zu achten. Eine ggf. erforderliche Mahd soll so terminiert werden, dass die Samenbildung und eine selbstständige Vermehrung ermöglicht wird.

Das Bezirksamt wird des Weiteren gebeten, Möglichkeiten zu unterbreiten, in welcher Form sich Anwohner\*innen, Gewerbetreibende und Sponsor\*innen an der Umsetzung von Bepflanzungsmaßnahmen auf den qualifizierten Flächen beteiligen können. Die für diese Aufgaben zuständigen Mitarbeiter\*innen des Straßen- und Grünflächenamtes sollen Fortbildungsmaßnahmen für eine bestäuberfreundliche Praxis nutzen können.

Der BVV ist bis zum 31.12. 2022 zu berichten.

**Begründung:**

Der Bezirk hat die Deklaration des kommunalen Netzwerks für biologische Vielfalt unterzeichnet und hat damit eine besondere Verantwortung, diese mit Leben zu füllen. Das Wildbienenprojekt ist ein guter Anfang, aber wir können mehr tun, auch unter Einbeziehung von Bewohner\*innen.

Flächen, die möglicherweise für eine entsprechende Bepflanzung in Frage kämen, sind die Grünflächen entlang von Straßen, begrünte Mittelinseln und Mittelstreifen, aber auch bestehende und neu zu gestaltende Gründächer und Fassadenbegrünungen sowie Gebäudebegleitgrün.

Die Verwaltung wird gebeten, diese Möglichkeiten zu prüfen. Auch bei baulichen Gestaltungsvorhaben in Parks und Grünanlagen soll dieser Aspekt zukünftig stärker berücksichtigt werden. Bündnispartner könnte, wie in Köln, etwa der NABU sein (<https://www.nabu-koeln.de/projekte/wiesenprojekt>)

Hinweise in wissenschaftlichen Studien und politische Stellungnahmen von Behörden, Naturschutz- und Umweltverbänden weisen seit längerem darauf hin, dass die Anzahl und die Vielfalt insbesondere von bestäubenden Insekten stark abgenommen haben. Die Bestände von Bienen, Wildbienen und Schmetterlingen nehmen drastisch ab. Derzeit sind etwa 50% der Wildbienen- und Schmetterlingsarten in Deutschland gefährdet oder vom Aussterben bedroht. Der Verlust solcher Arten hat weitreichende Konsequenzen, denn diese Insekten sind zum einen Nahrungsgrundlage für viele Vögel, Kleinsäuger und räuberische Insekten.

Urbane Räume werden immer bedeutsamer für den Erhalt dieser Arten, weil die Anwendung von Pestiziden in der Stadt deutlich geringer verbreitet ist als in agrarisch geprägten Räumen. Oft finden sich leider in der Stadt als Straßenbegleitgrün oder um öffentliche Gebäude (Schulen) nur schlecht unterhaltene Rasenflächen, die dennoch pflegeintensiv sind, etwa mehrfach im Jahr gemäht werden müssen. Sie haben wenig zu bieten für Insekten und Vögel. Öffentliche Flächen in Parks, Grünstreifen (in der Mitte des Kaiserdamms, in der Mitte der Kaiser Friedrichstraße, auf der Kant, könnten zu blühenden Insektenweiden werden. Das würde die Naturerfahrung in der Stadt stärken. Blühende Wiesen um Kitas und Schulen könnten SchülerInnen einen Erfahrungsraum bieten, um die – hoffentlich wachsende – Vielfalt der Insektenwelt zu beobachten (etwa bei einem „Tag der Artenvielfalt“)

Solche blühenden Wiesen müssten nur zwei Mal im Jahr (im Frühjahr/im Herbst) gemäht werden. Pflanzen sorgen im Übrigen über Verdunstung für eine höhere Luftfeuchtigkeit und in heißen Sommern für Abkühlung. Die Oberfläche von Stauden und Gräsern tragen auch zu einer Bindung von Feinstaub und der Verbesserung der Luftqualität und des Mikroklimas bei.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
FDP-Fraktion  
Recke/Beckers

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 0078/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Die bezirklichen Gärtnereien für private Nutzer öffnen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die bezirkseigenen Gärtnereien in geeignetem Maße und dem Bestand entsprechend auch für private Nutzer zu öffnen.

Des Weiteren soll geprüft werden, ob Pflanzen, die den bezirklichen Grünflächen entnommen werden, ebenfalls an Private verkauft werden können.

**Begründung:**

Die in den bezirklichen Gärtnereien überschüssig gezüchteten Pflanzen oder dort gezüchtete Pflanzen, die den Anforderungen des Klimawandels oder des für sie vorgesehenen Standortes in anderer Weise nicht mehr entsprechen, sollen nicht Gefahr laufen, ungenutzt in den Gärtnereien zu verbleiben oder vernichtet zu werden, sondern durch ihren Erlös zur Finanzierung anderer Neu- oder Nachpflanzungen beitragen.

Dies gilt auch für Pflanzen, die den bezirklichen Grünflächen entnommen und nicht umpflanzungsfähig sind.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
CDU-Fraktion  
Häntsch/Zels

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 0085/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Treibhausgasbilanz einfordern**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, bei der Senatsverwaltung die für die bezirkliche Treibhausgasbilanz notwendigen Daten einzufordern und somit die bereits für Juni 2020 auf der Internetseite der Bezirksverwaltung angekündigte Bilanz für 2017 zu veröffentlichen (<https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/aemter/umwelt-und-naturschutz/klimaschutz/artikel.712319.php>).

Der BVV ist bis 31. Mai 2022 zu berichten.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
CDU-Fraktion  
Häntsch/Zels

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 0083/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Transparenz bei der Stadtbaumpflege schaffen**

Die BVV möge beschließen:

Zur Schaffung von mehr Transparenz wird das Bezirksamt aufgefordert, ergänzend zu den Fäll- und Neupflanzungslisten auf der Internetseite des Straßen- und Grünflächenamts unter „Baumfällungen und Neupflanzungen“ (<https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechen/gruenflaechen/artikel.196234.php>) das jährliche Saldo der im gesamten Bezirk und in den einzelnen Stadtteilen auf öffentlichem Straßenland befindlichen Bäume zu veröffentlichen sowie die Zahl der neu hinzugewonnen bzw. verlorenen Bäume, sodass Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, die Entwicklung der Stadtbaumpflege des Bezirksamtes nachzuvollziehen.

Der BVV ist bis 31. Mai 2022 zu berichten.



**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
SPD-Fraktion  
Sempf/Dr. Biewener/Kaufmann

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 0139/6**

## Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
19.05.2022	BVV	BVV-008/6

**Barrierefreiheit auch in Parks – der Zaun muss weg**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, den Zaun um die Wiesen im Volkspark Wilmersdorf (westlich von der Bundesallee) mit Öffnungen zu versehen, damit die Wiesen barrierefrei zugänglich sind. Zudem wird das Bezirksamt dazu aufgefordert alternative Möglichkeiten zu prüfen, Radfahrer:innen davon abzuhalten die Wiese zu kreuzen, damit der Zaun wieder dauerhaft entfernt werden kann.

Der BVV ist bis zum 30.06.2022 zu berichten.

Begründung:

Seit ein paar Wochen steht ein knöchelhoher Zaun auf Holz im westlichen Teil des Volkspark Wilmersdorf und umzäunt einen kleinen Teil der Grünfläche, nämlich die Wiese. Diese Maßnahme wurde vom Grünflächenamt ergriffen, um Radfahrer:innen davon abzuhalten abseits der Wege die Wiese (vorrangig an den Ecken) zu kreuzen und ihren Weg abzukürzen, da dies die Wiese schädigt. Aktuell gibt es jedoch nicht ausreichend Öffnungen im Zaun, um mobilitätseingeschränkten Bürger:innen einen einfachen, barrierefreien Zugang zur Wiese zu verschaffen. Darüber hinaus kann dies nur eine Notlösung sein, da die Dauerhafte Umzäunung von Naherholungsflächen nicht wünschenswert sein kann. Deshalb sollen alternative Konzepte erarbeitet werden, um diesen Zustand dauerhaft zu beheben.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
FDP-Fraktion  
Recke/Beckers

<b>TOP-Nr.:</b>
-----------------

**Antrag****DS-Nr: 0140/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Kontrolle statt Sperrung von Grünflächen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, wie zukünftig Grünanlagen und Grünflächen im Bezirk besser vor Vandalismus und Beschädigung geschützt werden können. Hierzu ist vor allem zwischen Grünflächenamt, Ordnungsamt und Polizei abzustimmen, wie die Überwachung und Kontrolle von übernutzten Anlagen gewährleistet werden kann. Temporäre oder gar dauerhafte Sperrungen der Flächen sind grundsätzlich zu vermeiden und nur im Einzelfall vorzunehmen. Zu prüfen sind auch sog. Rasen- und Bodenschutzsysteme, die dauerhafte Schäden an der Grasnarbe und am Bodengefüge vorbeugen sowie Ertüchtigungsmaßnahmen, um dauerhafte Beeinträchtigungen zu vermeiden.

Begründung:

Auch heute schon dürfen gem. § 6 Grünanlagengesetz Berlin öffentliche Grün- und Erholungsanlagen nur so benutzt werden, wie es sich aus der Natur der einzelnen Anlage und ihrer Zweckbestimmung ergibt. Die Benutzung muss schonend erfolgen, so dass Anpflanzungen und Ausstattungen nicht beschädigt, verschmutzt oder anderweitig beeinträchtigt und andere Anlagenbesucher nicht gefährdet oder unzumutbar gestört werden. Insbesondere ist es verboten, Lärm zu verursachen, der andere Anlagenbesucher unzumutbar stört. Dieses geltende Ordnungsrecht gilt es zuvörderst durch das Ordnungs- und Grünflächenamt bzw. der Polizei durchzusetzen, bevor Grünanlagen wie der Savignyplatz der Allgemeinheit zur Nutzung entzogen werden. Temporäre Absperungen lösen das Problem auf Dauer nicht.